

## **Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten des Polizeipräsidiums Einsatz**

*Seit fast 25 Jahren gibt es sie nun bereits auch bei der baden-württembergischen Polizei, die speziell geschulten Eingreifkräfte mit dem markanten Kürzel „BFE“. Landes- wie bundesweit haben sie sich in unzähligen Einsätzen einen guten Ruf erworben. Die GdP wünscht sich für die Beamtinnen und Beamten dieser Einheiten jedoch in einigen Aspekten Verbesserungen, wie sie in anderen Bundesländern bereits eingeführt sind.*

Unsere sonst vergleichsweise beschauliche Landeshauptstadt erlebte im Juni dieses Jahres Szenen, wie sie die Einwohner bislang nur aus dem Fernsehen kennen, etwa von Krawallen anlässlich des Hamburger G20-Gipfels oder des Kreuzberger 1. Mai: Marodierende Horden, die Polizeifahrzeuge massiv attackieren und sogar vor schweren Straftaten wie Plünderungen von Geschäften nicht zurückschrecken. Die Polizei war in der Defensive, hatte zu wenig Kräfte, um gegen den Mob wirksam vorgehen zu können. Eine Einheit fehlte in diesen dramatischen Stunden vor Ort, deren Beamtinnen und Beamten gezielt auf derartige Gewaltexzesse trainiert sind: Die Beweissicherungs- und Festnahmeinheit (BFE).

### **Gründung und Entwicklung**

Die Gründung derartiger Festnahmeinheiten bei der deutschen Polizei geht zurück auf eine Eruption unfriedlicher demonstrativer Aktionen in den 80er Jahren. Hessen stellte seinerzeit als Reaktion auf die unzureichende Strafverfolgung bei regelrechten „Schlachten“ an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens erste BFE-Züge auf, die seinerzeit noch mit Turnschuhen und ohne den heute üblichen Körperschutz agierten. In den folgenden Jahren folgten andere Bundesländer - als einer der letzten auch Baden-Württemberg im Jahr 1996. War die BFE anfangs lediglich ein Einsatzzug mit besserer Ausrüstung und Fortbildung, hat sich die Einheit im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte zu einem vielseitigen Serviceleister für die Dienststellen sowohl der Schutz- als auch der Kriminalpolizei gewandelt.

### **Anforderungsprofil und Tätigkeitsfelder**

Bei der BFE handelt es sich nicht um eine Spezialeinheit im Sinne der PDV 100, sondern um eine Einheit mit besonderer Qualifikation und Ausrüstung. Nach der Strukturreform verfügt Baden-Württemberg aktuell über insgesamt 6 BFEen jeweils in Zugstärke, die zu je drei Einheiten auf die Standorte Göppingen und Bruchsal des PP Einsatz verteilt sind. Bei entsprechend großer Lage können diese auch als eigenständige Hundertschaft (BFH) zusammengefasst werden. Anders als in regulären Einsatzzügen kann in der BFE nur Dienst verrichten, wer ein entsprechendes Auswahlverfahren erfolgreich absolviert und eine daran anschließende sechs wöchige Einführungsfortbildung (EFB). Hier wird die psychische und körperliche Leistungsfähigkeit, aber auch Kenntnisse in AZT und ZST getestet und anschließend in der EFB die Grundlagen für die späteren Aufgaben geschult. BFE-Kräfte müssen in besonderem Maße fit sein für die Bewältigung ihrer Aufgaben. Auch einige Frauen verrichten trotz der hohen sportlichen Anforderungen dort ihren Dienst. Die

Mindestverweilzeiten bei der BFE ist aufgrund der höheren Spezialisierung und Fortbildungsaufwand auch länger als in einem Einsatzzug.

Kerngeschäft der BFE sind traditionell Demonstrationen und Großveranstaltungen aller Art, bei denen mit einem unfriedlichen Verlauf gerechnet wird. Als Zugriffseinheit ist der Einsatz an Brennpunkten vorgesehen, Ziel ist stets die beweissichere Festnahme erkannter Straftäter. Hierfür werden spezielle Taktiken trainiert, bei denen auch verdeckt agierende Tatbeobachter eine nicht unwesentliche Rolle spielen. In diesem Kontext unterstützten baden-württembergische BFE-Kräfte seit ihrer Gründung in nahezu allen Bundesländern bei entsprechenden Großlagen. Beispielhaft genannt seien hier mehrere G8- und G20-Gipfeltreffen, die Castor-Transporte nach Gorleben oder Krawalle bei der EZB-Eröffnung in Frankfurt. Auch im eigenen Bundesland gab es in der Vergangenheit genug zu tun, wie die Stuttgart-21-Protteste, der Kurdenkonflikt sowie unzählige Rechts-Links-Demos belegen.

Führen BFE-Angehörige in den Anfangsjahren noch häufig reguläre „klassische“ Konzeptionseinsätze, hat sich in den letzten Jahren die Unterstützung insbesondere der Kriminalpolizei als weiteres bedeutendes Standbein entwickelt. Kräfte der BFE werden gerne herangezogen, wenn Maßnahmen ein erhöhtes Gefährdungspotenzial beinhalten - die Voraussetzung für eine SEK- bzw. MEK-Anforderung aber noch nicht vorliegen. Da auch das taktische Eindringen in Objekte regelmäßig trainiert wird, übernehmen BFE-Einheiten Razzien etwa gegen Deliktsbereiche der Rocker- und BtM-kriminalität oder des illegalen Glücksspiels. So leisteten BFE-Kräfte wertvolle Unterstützung unter anderem für die Kriminalinspektion 4 des PP Stuttgart anlässlich eines größeren BtM-Ermittlungsverfahrens vor einigen Monaten. Nach Unterstützung bei der Einsatzplanung, taktischer Beratung, eigener Aufklärung wurden Durchsuchungs- und Festnahmemassnahmen erfolgreich realisiert. Ihr Einsatzwert wird mittlerweile auch vom LKA honoriert, wie die Unterstützung etwa bei der EG „Arena“ oder im Ermittlungsverfahren „Herzog“ in diesem Jahr gezeigt hat. Hier gab es von allen Seiten positive Rückmeldungen über Engagement und Einsatzwert der BFE - deren Unterstützungsleistung mittlerweile aus vielen Verfahren nicht mehr wegzudenken ist. Gerade bei derartigen Maßnahmen spielt auch die Zusammenarbeit mit den Spezialeinheiten eine immer größere Rolle.

## **Problemfaktor Ausrüstung**

Obwohl sich die BFE als spezialisierte Zugriffseinheit, als Serviceleister für K- und S-Dienststellen in Lagen mit erhöhtem Gefährdungsgrad längst vollumfänglich etabliert hat, warten die Angehörigen dieser Einheiten leider bis heute auf eine entsprechende Ausrüstung, die auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet ist.

Die (taktisch unverständlicherweise) so bezeichnete „Sommertragehülle“ der Standard-Schutzweste, deren Outfit vor rund einem Jahrzehnt durchaus innovativ war, hat generell aufgrund ihrer unzureichenden Taschenanordnung und fehlendem modularen Aufbau auch für den regulären polizeilichen Außendienst ausgedient. Ein Blick in andere Bundesländer zeigt, wie derartige Außentragehüllen zeitgemäß aussehen können - ohne die geforderte Bürgerpolizei-Optik zu verlieren. Berlin hat gegenwärtig ein Modell, das eine nach den Bedürfnissen der jeweiligen OE ausgerichtete Taschenanordnung ermöglicht. Anders als unsere Hülle, die leider nur auf den Streifendienst und nicht auf Einsatzeinheiten zugeschnitten ist, können diese problemlos auch von deren Festnahmeeinheiten verwendet werden. Erst recht aber ist die momentane Hülle Modell BW als völlig ungeeignet für die Aufgabenwahrnehmung der BFE zu bewerten. Weiter geht es mit der Amok-

Zusatzausstattung, die ebenfalls standardmäßig für die gesamte Polizei Baden-Württembergs beschafft wurde. Diese Ausrüstung mag für Erstkräfte des Polizeieinzeldienstes aufgrund schneller Möglichkeit des Anlegens sinnvoll sein - für die Bewältigung von BFE-spezifischen Einsätzen ist sie definitiv ungeeignet. Wünschenswert wäre hier eine für diese Einheiten angepasste eigene ballistische Ausstattung, etwa in Form einer Überziehweste mit modularem Aufbau.

Ebenfalls auf dem Stand von 2010 befindet sich der ballistische Standard-Helm. Baden-Württemberg und Hessen sind die gegenwärtig einzigen Landespolizeien, die dieses veraltete Modell noch ihren Kräften auf der Straße zumutet. Der Hersteller Ulbrichts hat sein Sortiment längst mit verbesserten Modellen aktualisiert. Woanders wurden bereits diese modernere Varianten beschafft, teilweise - wie in Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen - mittels eines leichten neuartigen Schutzvisiers.

In Bayern haben die (dort unter dem Namen USK geführten) BFE-Kräfte Kettenhemden und Langstöcke erhalten, um bei der Konfrontation mit Messer-Tätern bestmöglich geschützt zu sein.

BFE-Kräfte sind zunehmend gerade bei Einsätzen außerhalb des Demo-Geschehens mit besonders gewalttätigen und auch bewaffneten Tätern konfrontiert. Dennoch verweigert das Innenministerium dieser Einheit bis heute eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Ausrüstung. Beschaffungsvorschläge und -anregungen seitens der Angehörigen und Führungskräfte gingen bis dato ins Leere.

## **SEK-Unterstützung**

Vor dem Hintergrund der zunehmend an Relevanz gewinnenden Lebensbedrohlichen Einsatzlagen (LebEI) steht unzweifelhaft fest, dass die in diesem Kontext erforderliche Intervention gegen derartige bewaffnete Täter Aufgabe der Spezialeinheiten - hier primär des SEK - ist. Jedoch muss auch ein SEK-Einschreiten entsprechend durch qualifizierte Kräfte abgesichert werden. In vielen Bundesländern ist es mittlerweile Standard, dass BFEen die sogenannten flankierenden Maßnahmen bei SEK-Einsätzen durchführen und diese durch die Übernahme der Funktionssicherung quasi entlasten. Bekanntes Beispiel hierfür ist der Einsatz anlässlich der OEZ-Amoklage in München 2016, aber auch diverse Bedrohungslagen in ganz Deutschland.

Der tagelange Einsatz bei der Suche nach dem Täter von Oppenau hat gezeigt, dass eine derartige Zusammenarbeit bzw. Aufgabenteilung zwischen SEK und BFE auch in Baden-Württemberg funktionieren kann. In der Vergangenheit wurden der BFE auch bei uns bereits mehrfach solche Aufgaben übertragen. Beispielhaft seien in diesem Kontext die BAOen „Caracalla“ und „Jumbo“, das Festnahmekonzept der BAO „Hütte“ sowie die Fahndungsmaßnahmen nach dem Straßburger Anschlag an Weihnachten 2018 genannt. Dennoch wird eine entsprechende Notwendigkeit bis heute nicht offiziell anerkannt.

Für eine zukünftige derartige Zusammenarbeit ist die bereits aufgeführte Beschaffung von Ausrüstung zwingend erforderlich. Ebenso wäre aus Sicht der GdP die Ausstattung mit Mitteldistanzwaffen für die BFEen zu prüfen. Auch hier zeigt der Blick über die Landesgrenzen, dass benachbarte Bundesländer da schon weiter sind: Hessens sechs BFEen führen die G38 von HK, Bayerns USK die FN-SCAR. Sachsens BFE hat sich für die Beschaffung von Langwaffen der Fa. Haenel entschieden. Die Innenministerien der Länder Berlin und Schleswig-Holstein favorisieren ein Modell von SIG Sauer auch außerhalb der Spezialeinheiten. Bewährte Langwaffen, die auf weitere Schussdistanzen eine effektivere Täterbekämpfung ermöglichen als die MP7. Auch an eine Einführung einer Medic-Komponente nach dem Vorbild der Spezialeinheiten einschließlich der entsprechenden Schulungen einzelner Kräfte ist in diesem Zusammenhang zu denken.

Hier ist ein Blick in das benachbarte Rheinland-Pfalz interessant: Der dortige Innenminister Roger Lewentz veranlasste - basierend auf den Pariser Erfahrungen des Terrors von 2015 - Anfang letzten Jahres ein zusätzliches regelmäßiges Training der BFEen für eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem SEK in Bedrohungslagen. Nach seinem Willen soll die BFE neben den Spezialeinheiten und dem Streifendienst - die naturgemäß stets als erste vor Ort sind - die dritte Säule bei der Bekämpfung gefährlicher bewaffneter Täter werden. BFE-Kräfte sollen ihren SEK-Kollegen den Rücken frei halten, Räume evakuieren, Verletzte retten oder besonders gesicherte Kontrollstellen betreiben, so der Wille des Mainzer Innenministeriums. Eine Beschaffung von rund hundert Mitteldistanzwaffen vom Typ SIG Sauer MCX wurde ebenfalls für die BFEen in die Wege geleitet. Der große Wert, der bei den pfälzischen Nachbarn auf derartige taktische Konzepte gelegt wird, verdeutlichte sich vor allem in einer eigens dafür einberufenen Pressevorführung: Den anwesenden Medienvertretern präsentierte die Bereitschaftspolizei auf dem Gelände in Mainz-Hechtsheim die neue Zusammenarbeit BFE/SEK.

Solche Konzepte wären auch für unser Bundesland realisier- und machbar. Eine diesbezügliche Beratung und gegebenenfalls auch Hilfestellung ist im Rahmen der Zusammenarbeit der Bereitschaftspolizeien in der „Südschiene“ jederzeit möglich und aus GdP-Sicht auch Anbetracht der nach wie vor existenten Terrorbedrohung dringend erforderlich. Zumal in diesem Zusammenhang zu bedenken ist, dass beide Länder unmittelbar an das benachbarte Frankreich grenzen - dem Land, welches bisher wie kein anderes in Europa mit blutigem Terror schlimmsten Ausmaßes und schwer bewaffneten Tätergruppen konfrontiert war. Sollte sich je derartige Szenarien in Zukunft aufgrund der räumlichen Nähe über die Grenze verlagern, müssen beide Landespolizeien bestmöglich vorbereitet sein. Weiterhin sollte man auch die in Deutschland stattfindende Fußball Europameisterschaft 2024 in diesem Zusammenhang auf dem Schirm haben.

## **Thema Erschwerniszulage**

Einige Bundesländer haben erkannt, dass ihre BFEen oft gefährliche Arbeit an der Schwelle der Spezialeinheiten leisten. Dem wurde Rechnung getragen mit der Einführung einer Erschwerniszulage auch für BFE-Angehörige, in landesunterschiedlichen Höhen. Die Bundespolizei zahlt ihren BFEen eine solche Zulage. Auch bei kleineren Landespolizeien wie Hamburg und Sachsen bekommen die Mitarbeiter je rund 150 Euro monatlich. Eine solche Zulage wird vom IM für unsere Festnahmeinheiten - abgelehnt. Und das, obwohl beispielsweise die Sicherungsgruppe der Justiz in Baden-Württemberg bei ähnlicher Erschwernis in der Dienstverrichtung bereits eine Zulage von monatlich 150 Euro erhält - die sogar auf 300 Euro erhöht werden soll. Diesen Umstand bewertet die GdP als ungerecht, er gehört dringend auf den Prüfstand.

### **Zusammenfassend bittet die GdP um Prüfung der folgenden Verbesserungsoptionen:**

1. Verbesserung der Ausstattung bzw. Beschaffung eines ballistischen Schutzkonzeptes, das auf die BFE zugeschnitten und in Zusammenarbeit mit dieser beschafft wird.
2. Prüfung der Ausrüstung der BFEen mit Mitteldistanzwaffen, um bei LebL-Lagen erhöhte Handlungssicherheit zu erreichen.
3. Prüfung und ggf. Neujustierung der Optionen als Funktionssicherung für SEK-Einsätze
4. Einführung einer Erschwerniszulage für alle BFEen des Landes Baden-Württemberg

Die Beamtinnen und Beamte der BFEen leisten einen wertvollen Dienst unter vielfach belastenden Einsatzbedingungen - bei polizeilichen Großlagen von G20 bis zur Bundesliga

ebenso wie auf dem Gebiet von Razzien und Zugriffen. Sie sind überdurchschnittlich körperlich sowie psychisch belastbar und zeichnen sich durch eine hohe Fitness aus - nicht umsonst wechseln viele ihrer Angehörigen später zu den Spezialeinheiten. Die jungen Männer und Frauen dieser Einheiten dürfen mit Recht erwarten, dass sich die Führung und hier insbesondere das Innenministerium verstärkt um ihre Belange kümmert. „Denn sie bringen ihren Körper, ihre Gesundheit und sogar ihr Leben zum Einsatz.“ (Zitat Landesinnenminister Thomas Strobl)

**Fachgremium BFE der GdP BW**